

# Die informiert

GdP-Info Berlin: 37/2016

Erfolg für die Junge Gruppe der GdP

## Der Regierende Bürgermeister stellt mehr Schutz für Auszubildende in Aussicht

**Berlin. Noch ist es vollkommen unklar, mit welcher Regierung die Berlinerinnen und Berliner in die nächste Legislaturperiode gehen. Erst nach der Wahl am 18. September kann man wirklich ernsthaft über Koalitionsverhandlungen nachdenken. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat sich dennoch bereits ein klares Ziel auf die Fahne geschrieben. Er will eine Neubewertung des letzten Ausbildungsjahres bei der Berliner Polizei und mehr Sicherheit für unseren Nachwuchs schaffen.**

### Nachhaken unserer Jungen Gruppe lohnt sich

In zahlreichen Gesprächen innerhalb der letzten Monate machten unsere Mitglieder der Jungen Gruppe den SPD-Spitzenkandidaten auf die sehr unsichere Situation ihrer jungen Kolleginnen und Kollegen aufmerksam. Im Interview mit dem Landesjournal der Deutschen Polizei sprach Müller dann erstmals darüber, dass man sich ernsthaft überlegen müsse, wie mit dem letzten Ausbildungsjahr umzugehen sei. „Das Problem ist, dass das letzte Jahr sehr praxisorientiert ist, die Auszubildenden schon auf der Straße Dienste übernehmen. Da wird man als normaler Polizist wahrgenommen und ist potenziell gefährdet durch Widerstand und Gewalt. Hier fehlt versicherungs- und versorgungstechnische Sicherheit“, so Müller.

### Müller plant Sicherheit für das letzte Ausbildungsjahr

Genau das möchte er umsetzen und ergänzte kürzlich, dass dies zwar nicht mehr vor dem 18. September ginge, weil natürlich die Wahlen abgewartet werden müssten, das Ziel aber ganz klar sei, schnellstmöglich in der nächsten Legislaturperiode die notwendige Sicherheit für das dritte Ausbildungsjahr zu schaffen. Ob es dabei um einen Beamtenstatus auf Probe geht oder anderweitig versicherungs- und versorgungstechnische Sicherheit gewährleistet werden kann, sei bisher nicht aussagekräftig abzuschätzen. Die Ankündigung zeigt, dass die Probleme des öffentlichen Dienstes wieder stärker in den politischen Fokus rücken und die Gewerkschaft der Polizei als stetiger Ansprechpartner für mögliche Veränderungen geschätzt und zu Rate gezogen wird.

DER LANDESBEZIRKSVORSTAND

Eigendruck im Selbstverlag

Der Inhalt dieser Information stellt die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Berlin, dar. Wird dieser Inhalt oder Teile dieses Inhalts durch Dritte verändert und in Umlauf gebracht, so übernimmt die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Berlin, dafür keine Haftung.

**Internet:** [www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de) / **E-Mail:** [gdp-berlin@gdp-berlin.de](mailto:gdp-berlin@gdp-berlin.de)  
Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin  
Tel.: 21 000 4-0, Telefax: 21 000 4-29